

Niederschrift
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
vom 04.07.2024 - Nr. FA/01/2024

Sitzungstermin:	Donnerstag, 04.07.2024
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	22:11 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Tönning, Sitzungssaal, Am Markt 1, 25832 Tönning

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Jens Binder

Stellv. Vorsitzende/r

Liane Struve

Mitglied

Andreas Gülck

Sabine Moik

Helge Prielipp

Maria-Lena Scherer

Bürgerliches Mitglied

Katrin Gerstandt

Heiko Rottmerhusen

Protokollführer/in

Tanja Wendt

von der Verwaltung

Bürgermeisterin Dorothe Klömmer

Iris Wernecke

-

Corinna Schrotmann

in Vertretung für Herrn Christian Stips

es fehlen entschuldigt:

Bürgerliches Mitglied

Christian Stips

Gäste:

Frau Ute Bast, AWT

Frau Hildegard Vogt-Kullmann, AWT
Herr Friedrich-Wilhelm Fabri, CDU
Herr Uwe Wrigge, AWT
Frau Ellin Schulze, AWT
Herr Karl-August Petersen, Amt Eiderstedt, zu TOP 7 und 8

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung des Finanzausschusses im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden
5. Einwendungen zur Niederschrift über die letzte Sitzung des Finanzausschusses vom 05.12.2023
6. Einwohnerfragestunde
7. Bericht der Verwaltung
8. Vorläufiger Jahresabschluss 2023
Vorlage: IV/006/2024
9. Beratung und Beschlussfassung über die Stellungnahme zum Bericht über die durchgeführte überörtliche Prüfung der Finanzbuchhaltung bei den kommunalen Eigenbetrieben der Stadt Tönning
Vorlage: BV/081/2024
10. Beteiligung an der Schleswig-Holstein Beteiligungs-AG
Vorlage: BV/078/2024
11. Beratung und Beschlussfassung über die Einführung eines On-Demand Verkehrs in den Teilnetzen Nordfriesland Nord und Süd für die Haushaltsjahre 2025-2029
Vorlage: BV/080/2024
12. Verschiedenes

zu 1 Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen eine Tonbandaufzeichnung werden keine Einwendungen erhoben.

zu 2 Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen

Der Ausschussvorsitzende, Jens Binder, erklärt, die Verwaltung empfehle, die Tagesordnungspunkte 13 bis 16 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Der Ausschuss beschließt dies einstimmig.

zu 3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Genehmigung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

zu 4 Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung des Finanzausschusses im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Finanzausschusses am 05.12.2023 keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst worden seien.

zu 5 Einwendungen zur Niederschrift über die letzte Sitzung des Finanzausschusses vom 05.12.2023

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 05.12.2023 werden nicht erhoben.

Diese gilt somit als genehmigt.

zu 6 Einwohnerfragestunde

Auf Aufruf dieses Tagesordnungspunktes ergeben sich keine Wortmeldungen.

zu 7 Bericht der Verwaltung

Klausurtagung kommunaler Spitzenverbände und Landesregierung

Frau Klömmer erklärt, dass es zurzeit viele Themen zwischen den Kommunen und dem Land gebe.

In der Klausurtagung sei es hauptsächlich um das Thema Haushaltskonsolidierung vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage des Landes gegangen. Frau Klömmer erwähnt die Beanstandungen in Bezug auf die aufgenommenen Notkredite des Landes und verweist auf deren Folgen.

Die wesentlichen Punkte der Klausurtagung, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf kommunaler Ebene haben, teilt Frau Klömmer wie folgt mit:

- Wegfall der Kofinanzierung der Städtebauförderung durch das Land ab 2025
Der Wegfall bedeute, so Frau Klömmer, dass der bislang durch das Land getragene Anteil von 33 % zukünftig zusätzlich durch die Kommunen getragen werden müsse. Das bedeute, dass die Kommunen somit 66 % (33 % kommen weiterhin vom Bund) aufbringen müssen.
- Wegfall der Dynamisierung der Mittel für den ÖPNV nach ÖPVN-FinanzierungsVO in Höhe von 1,8 %
Diese Dynamisierungsmittel entfallen ab 2025. Auch wenn man sich im ÖPNV befinde, seien die Kommunen durch Refinanzierung der wegfallenden Mittel durch die Kreisumlage auch hier unmittelbar betroffen.

- Kürzung von GVFG-Mitteln (Gemeinde-, Verkehrs- und Finanzierungsmitteln)
Auch diese Mittel, so Frau Klömmer sollen dauerhaft vom Land um 19 Mio. € reduziert werden. Diese Mittel werden vom Land für den kommunalen Straßenbau und Radverkehr bereitgestellt. Dies seien, so Frau Klömmer, erhebliche Kürzungen.
- Kürzungen im Breitbandausbau
Auch hier werde es Kürzungen geben. Die Kofinanzierung werde ab 2025 entfallen. Ob es die Maßnahme der Stadt Tönning noch betreffe, könne sie zurzeit nicht sagen, so Frau Klömmer. Dies werde sie bei nächster Gelegenheit beim Breitbandzweckverband erfragen.
- Schulsozialarbeit, Schulbegleitung, Schulassistenten, Personal an Schulen
Man habe sich darauf verständigt, dass es eine Überprüfung hinsichtlich Finanzierung und Aufgabenzuordnung geben solle. Lange beschäftige man sich schon mit der Frage der Schulsozialarbeit. Aus Sicht der Kommunen sei diese Aufgabe eine schulinterne Angelegenheit und somit liege die Zuständigkeit und die Kostentragung beim Land und nicht bei den Schulträgern.
- Schulbauförderung
Die Landesregierung hat darüber informiert, dass Mittel aus dem IMPULS 2030 II-Programm nur noch bis Jahresende 2024 zur Verfügung stünden. Das bedeutet, dass alle, die Mittel beantragt und bewilligt erhalten haben, diese zwingend bis Jahresende abgerufen haben müssen. Frau Klömmer teilt mit, dass hiervon die Stadt Tönning nicht betroffen sei.
- Soziale Wohnraumförderung
Frau Klömmer informiert, dass für die Jahre 2025 und 2026 eine Aufstockung der Mittel geplant sei. Man müsse sich jedoch darüber im Klaren sein, dass diese Mittel ggf. woanders eingespart werden müssten.
- Flüchtlingsfinanzierung
Auch zu diesem Thema laufen noch Verhandlungen. Es gehe, um die so genannten Aufnahmepauschalen.
- Frau Klömmer informiert, dass der Spitzenverband die Gelegenheit genutzt habe, die Forderung zum Regulierungsabbau nochmals zu stellen. Es gebe zu viele Regelungen, auch werden die Verfahren immer umfangreicher.

Es habe eine Verständigung dahingehend gegeben, dass es im September weitere Gespräche geben werde.

Grundsteuerreform

Es soll, so informiert Frau Klömmer, ein so genanntes Transparenzregister eingerichtet werden. Dies habe zum Ziel, Klarheit hinsichtlich der Auswirkungen der

Grundsteuerreform auf die Kommunen zu schaffen. Unklar ist zurzeit, ob es noch eine Differenzierung hinsichtlich der Steuerhebesätze geben werde.

Steuerschätzung

Nach der jüngst erfolgten Steuerschätzung steigen die Einnahmen der Städte und Gemeinden im Jahr 2024 voraussichtlich um 2,8 % auf 145,8 Mrd. €. Auch für die Jahre 2025 und 2026 seien Steigerungen zu erwarten. In den Folgejahren gehe man jedoch von einem Sinken des Steuerwachstums aus.

Zensus 2022

Frau Klömmer teilt mit, dass nunmehr die Daten zum Zensus 2022 veröffentlicht worden seien.

Die Einwohnerzahlen in Tönning sind danach um 109 Einwohnerin/innen auf 4.789 gesunken. Einen Rückgang gebe es im gesamten Kreis Nordfriesland, während im gesamten Bundesgebiet es ein Wachstum gegeben habe. Einen rechtsmittelfähigen Bescheid erhalte man voraussichtlich im September 2024.

Frau Klömmer weist darauf hin, dass die Einwohnerdaten auch für die Schlüsselzuweisungen relevant seien und es zu erwarten ist, dass sich Zuweisungen nach dem SHG verändern können.

Ermächtigungsübertragungen

Frau Klömmer teilt mit, dass Herr Witt die Ermächtigungsübertragungen für 2023 gebildet und den Kreditbedarf ermittelt habe. Dieser betrage 2,5 Mio. €. Es sei bei der IBSH ein Kredit aufgenommen worden mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Ein anderer Vertrag bei der DKB, der sich auf über 400.000,00 € belief und nunmehr noch eine Restschuld von 67.500,00 € aufweise, habe man nach Ablauf der Zinsbildung noch einmal verlängert. Ein auf den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung laufender Kredit über 23.000,00 € ist abgelöst worden.

Haushaltsgenehmigung

Frau Klömmer informiert über die weiteren Gespräche zum Thema Haushalt. Es habe konkrete Gespräche zum Thema Investitionsmaßnahmen gegeben. Auch haben erste Gespräche zum Thema Schulbau mit dem Kämmerer stattgefunden. Man werde weiter berichten, so Frau Klömmer.

Auf Nachfrage von Frau Moik erklärt Frau Klömmer, dass der Kreis dem geplanten finanziellen Volumen zum Thema Schulbau kritisch gegenüberstehe. Man erwarte eine genaue Darlegung zu verschiedenen Themen (u. a. Schülerentwicklung, Alternativpläne). Es sei zu erwarten, so Frau Klömmer, dass diese Nachfragen und Auflagen künftig auch für andere Investitionsmaßnahmen gelten werden.

Überörtliche Ordnungsprüfung

Frau Klömmer informiert im Hinblick auf die Sitzung der Stadtvertretung, dass eine überörtliche Ordnungsprüfung für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 verbunden mit dem Antrag auf Fehlbedarfzuweisung für das Jahr 2022 stattgefunden habe. Es haben sich keine Beanstandungen gegeben. Eine Stellungnahme sei daher nicht erforderlich.

Eine Vorlage werde zur Sitzung der Stadtvertretung vorgelegt werden.

Eigenbetriebe:

Frau Klömmer informiert, dass Herr Kossyk beauftragt sei, die Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe zu erstellen, ein Controlling einzuführen und auch die Neukalkulation der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren vorzunehmen. Es sei bereits jetzt absehbar, so Frau Klömmer, dass es Erhöhungen gebe werde.

Darüber hinaus informiert Frau Klömmer, dass voraussichtlich ein Nachtragshaushalt erstellt werden müsse.

Stundung-Niederschlagung-Erlass-Wertberichtigung

Herr Karl-August Petersen (Amt Eiderstedt) erläutert ausführlich die in der **Anlage** beigefügte Präsentation und erklärt, was die genannten Begrifflichkeiten bedeuten. Herr Petersen empfiehlt, die Hauptsatzung zu ändern und die Beträge anzupassen/zu erhöhen bzw. die Entscheidung auf die Bürgermeisterin/den Bürgermeister zu übertragen.

Das Amt werde eine entsprechende Vorlage vorbereiten.

zu 8 Vorläufiger Jahresabschluss 2023

Vorlage: IV/006/2024

Herr Petersen vom Amt Eiderstedt stellt den vorläufigen Jahresabschluss 2023 vor und erläutert diesen anhand der Schlussbilanz. Weiter werden die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen vorgestellt.

Die Vorstellung des vorläufigen Jahresabschlusses 2023 steht unter dem Vorbehalt der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses, der am 22. Juli 2024, 15:00 Uhr, tagt. In diesem werden voraussichtlich auch die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen 2023 vorgestellt.

Herr Petersen bittet, Fragen zum Rechnungsprüfungsausschuss vorab zu stellen.

Auf Grund des positiven Jahresergebnisses 2023 habe man, so Frau Klömmer, keinen Antrag auf Fehlbedarfsprüfung gestellt.

Nachdem es keine Nachfragen gibt, verabschiedet sich Herr Petersen um 20:47 Uhr.

zu 9 Beratung und Beschlussfassung über die Stellungnahme zum Bericht über die durchgeführte überörtliche Prüfung der Finanzbuchhaltung bei den kommunalen Eigenbetrieben der Stadt Tönning

Vorlage: BV/081/2024

Frau Klömmer erläutert umfangreich den Sachverhalt anhand der Vorlage der Verwaltung. Beanstandungen haben sich lediglich in formaler Hinsicht ergeben; diese sind in der Vorlage aufgeführt und werden nochmals von Frau Klömmer dargelegt.

Frau Klömmer verweist auf die beabsichtigte Stellungnahme, die in der Vorlage im

Entwurf enthalten ist.

Nachdem die aufgeworfenen Fragen von Frau Klömmer beantwortet sind, verliert der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag.

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtvertretung nimmt den Bericht über die durchgeführte überörtliche Prüfung der Finanzbuchhaltung bei den kommunalen Eigenbetrieben „Tourist- und Freizeitbetriebe Tönning“ und „Abwasserbeseitigung der Stadt Tönning“ vom 10.04.2024 zur Kenntnis und beschließt die von der Verwaltung vorgelegte Stellungnahme zu diesem Prüfbericht.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

zu 10 Beteiligung an der Schleswig-Holstein Beteiligungs-AG

Vorlage: BV/078/2024

Frau Klömmer fragt nach, ob es Erläuterungsbedarf zu dieser Vorlage gebe und führt kurz zur Sachlage aus.

Nachfragen gibt es keine, so dass der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag verliert und hierüber abstimmen lässt.

Der Alternativvorschlag kommt weder zur Verlesung noch zur Abstimmung.

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, auf einen Erwerb von Aktien der Schleswig-Holstein Netz Beteiligungs-AG zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

zu 11 Beratung und Beschlussfassung über die Einführung eines On-Demand Verkehrs in den Teilnetzen Nordfriesland Nord und Süd für die Haushaltsjahre 2025-2029

Vorlage: BV/080/2024

Frau Klömmer nimmt Bezug auf die bisherigen Erläuterungen in den unterschiedlichen Ausschüssen und erläutert noch einmal ausführlich die Thematik. Auf Kreis-ebene sei die Entscheidung auf September vertagt worden. Sofern eine Beteiligung der Kommunen gewollt sei, werde eine auch ein finanzielles Engagement gefordert. Um welche Kosten es sich handeln würde, sei nicht bezifferbar. Die weitere Schwierigkeit der Kommunen, so Frau Klömmer, liege unter anderem auch darin, dass es keine ausreichende Gelegenheit zu Beratungen gegeben habe. Somit könne man auch nicht sagen, zu welcher Entscheidung andere Kommunen gekommen seien.

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass, ein konkreter Beschlussvorschlag für die Stadtvertretung in diesem Ausschuss erarbeitet werden sollte.

Es findet eine ausführliche Diskussion über das Für und Wider statt. Alle Fraktionen teilen ihre Auffassungen mit.

Vor Beschlussfassung erfolgt eine Pause von 21:26 Uhr bis 21:34 Uhr.

Nach Fortsetzung der Sitzung teilt Frau Klömmer auf Nachfrage ergänzend mit, dass der Kreistag im September einen Beschluss zur möglichen Fortsetzung des Rufbusses in den Bereichen, in denen kein On-Demand-Verkehr eingeführt wird, fassen wolle.

Nach erweiterter Diskussion schlägt der Finanzausschuss der Stadtvertretung vor, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtvertretung spricht sich grundsätzlich für die Flexibilisierung des Rufbusses zum On-Demand-Verkehr aus und würde eine Umsetzung insbesondere im Bedienstgebiet Eiderstedt begrüßen. Mangels konkreter Daten und Zahlen ist eine Zusage zur Übernahme von Kosten seitens der Stadt Tönning nicht möglich, jedoch spricht sich die Stadt in dem Wissen einer direkten und/ oder indirekten Kostentragung für die Einführung aus. Sollte es nicht zur Einführung eines On-Demand-Verkehrs in Gänze oder in einzelnen Bedienstgebieten kommen, soll an dem bestehenden Rufbusangebot festgehalten werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

zu 12 Verschiedenes

Das Ausschussmitglied Helge Prielipp erklärt, dass er erwartet habe, dass heute zum Thema Mars-Skipper-Hof Zahlen und Fakten geliefert werden. Das gelte auch für das Thema Kirche. Auch hier sei der Finanzausschuss der Stadtvertretung vorzuschalten, um einen Überblick über zu erwartende Kosten zu erhalten.

Frau Wernecke erwidert zum Thema Mars-Skipper-Hof, dass man über finanzielle Mittel noch gar nicht reden könne, da die Kosten für den Umbau noch nicht bekannt seien. Frau Klömmer ergänzt, man habe das Thema mit auf die Stadtvertretersitzung genommen, weil der beschlossene Auftrag an die Verwaltung einer Konkretisierung und Ergänzung bedürfe und weil der Mars-Skipper Hof über politische Vertreter um eine zeitnahe Rückmeldung gebeten habe, um selbst entsprechende Maßnahmen, z. B. hinsichtlich Reservierungen, vornehmen zu können.

Die Schwierigkeit der Vorbereitung der Verwaltungsvorlage sei, dass in Teilen auch die Verwaltung mehr Fragen als Antworten habe, beispielsweise im Hinblick auf das neu festgelegte Verfahren der Interessenbekundung. Die Verwaltung stehe insbesondere mit der Fachaufsicht im engen Austausch, um die offenen Punkte so weit wie möglich zu klären.

Es kämen insofern täglich neue Informationen hinzu.

Es gelte nun, die weitere Vorgehensweise festzulegen. Dies, so Frau Klömmer, gestalte sich auf Grund der Komplexibilität sehr schwierig.

Helge Prielipp erwidert, dass für die Beantwortung all dieser Fragen die Fachausschüsse zuständig seien. Finanzielle Aussagen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden, man bereite für die Stadtvertretung eine Vorlage vor, so Frau Klömmer, um den Auftrag an die Verwaltung zu konkretisieren.

Der Ausschussvorsitzende, Bürgervorsteher Jens Binder, beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:56 Uhr.

gez. Jens Binder
Vorsitzender

gez. Tanja Wendt
Protokollführerin